„In Freiberg sind viele gefallen ...“

Wieder wie 1923 windet sich das kapitalistische Deutschland in schweren Kämpfen wirtschaftlicher und politischer Erschütterungen. Wieder wie damals kennt die herrschende Klasse nur ein Mittel blutigster Bestialität gegen die hungernden, erwerbslosen Massen, gegen die in den Rationalisierungshöllen schuftenden Arbeiter, um sich vor der proletarischen Revolution zu retten.

Militärdiktatur, die „Generale haben das Wort“, die Reichswehr nach Sachsen, um die am weitesten vorgestoßenen sächsischen Arbeiter niederzukartätschen, das war der Schritt des Reichspräsidenten Ebert, Mitglied der SPD, den er als einzigen Ausweg für die Ausbeuter in Anwendung brachte. Die Arbeiter hatten Hundertschaften, Kontrollausschüsse, eine große revolutionäre Betriebsräitebewegung geschaffen, um dem frech vorstoßenden Faschismus, Inflationsschiebern und dem Ausbeutergesindel auf den Leib zu rücken. Die Arbeiter waren alle der Ueberzeugung: jetzt wird die Entscheidung herbeigeführt. Durch die proletarische Revolution wird der Kapitalistenbande der Rest gegeben.

Es kam anders, als die Arbeiter glaubten. Die Bourgeoisie belog ihren Ebert und ihre anderen SPD-Führer, die im entscheidenden Augenblick die Reichswehr und die faschistischen Banden auf die Arbeiter losließ, um sie blutig niederzuschlagen.

Maschinengewehrfeuer streckte die Arbeiter nieder. In Pirna und in Freiberg bedeckten Arbeiterleichen das Pflaster, allein in Freiberg wurden 34 Arbeiter auf dem Marktplatz erschossen. Das Blut dieser Arbeiter ist nicht vergessen. Große Opfer brachten die sächsischen Arbeiter auf durch ihre Rote Hilfe, um die Hinterbliebenen ihrer Toten zu unterstützen. Alljährlich finden in Freiberg Massenkundgebungen des revolutionären Proletariats an den Gräbern dieser meuchlings niedergestreckten Opfer aus den Oktobertagen 1923 statt. „In Freiberg sind viele gefallen, in Freiberg floß Arbeiterblut“, dieses Lied ist eines der Kampflieder bei Arbeiterdemonstrationen, von Arbeitern selbst geschaffen. Einfach, primitiv, aber es atmet Klassenhaß, der den Blutsaugern trotzig ins Gesicht geschrien wird.

Die Bourgeoisie denkt mit Zittern an die Kämpfe von 1923. Stresemann erklärte auf dem Parteitag der DVP in Magdeburg:

„Wenn wir in Sachsen und Thüringen einmarschieren ohne Blutvergießen, dann vielleicht doch deshalb, weil die Sozialdemokratie für den Einmarsch mitgewonnen war und wir deshalb den Kommunisten allein gegenüberstanden und nicht irgendeiner proletarischen Einheitsfront, die damals sehr schwer hätte auf uns lasten können.“ (Stresemann auf dem Parteitag der Volkspartei.)

Jawohl! Die „Linken“ waren auch in Sachsen eben Sozialdemokraten. Sie blieben sich treu und benutzten nur „linke“ Redensarten, um den Abmarsch der Proletarier zum Kommunismus zu verhindern. Schändlich ist die Rolle der Graupe, Zeigner, Liebmann, Edel und Böchel gewesen, die alles aufboten, den Massenkampf des Proletariats zu verhindern.

Aber auch die KPD war unter der ehemaligen Führung Brandlers und Thalheimers nicht fähig, ihre historische Aufgabe zu erfüllen. Eine falsche Einheitsfrontpolitik, ein Bündnis mit den „linken“ Führern bestärkte die Illusion der SPD-Arbeiter, daß die „Linken“ doch „besser“ seien als die Scheidemänner und Eberts. Die SPD-Arbeiter konnten die „Linken“ nicht als das erkennen, was sie wirklich sind. So war es möglich, daß der Regierungseintritt in Sachsen statt zu einer Mobilisierung und Bewaffnung der Massen für den Entscheidungkampf zu einer „banalen parlamentarischen Komödie“ (5. Weltkongreß) wurde.

Heute liegen die Dinge anders. Die äußeren Formen der Krise sind andere, der Charakter der Krise ist ebenfalls völlig anders. Die heutige Krise Youngdeutschlands ist eine der am weitesten vorgeschrittenen der kapitalistischen Weltkrise, während gleichzeitig in der Sowjetunion der Sozialismus in schnellstem Tempo vorwärts marschiert. Der Einfluß auch der „Linken“ nimmt rapid ab in den proletarischen Schichten. Die Kommunistische Partei führt eine konsequente, erfolgreiche Einheitsfrontpolitik unten in den Massen durch, sie bekämpft entschlossen sowohl den offenen, als auch den „radikalen“ Opportunismus „linker“ Sektierer.

In dieser Situation marschiert am Sonnabend und Sonntag das Proletariat in Freiberg auf. Der KJVD ruft die proletarische Jugend, die revolutionären Klassenkämpfer auf. Die Nazis machen starke Anstrengungen, Freiberg für die Hitlerjugend zu erobern. Das proletarische Freiberg aber bleibt rot. Revolution ist der Weg zur Freiheit des Proletariats. Das wird durch den Massenaufmarsch am Sonntag demonstriert. Her zu uns, Brüder, Schritt gefaßt! In kühnem Schritt vorwärts zum Sieg, zur Freiheit!

Geheimverhandlungen gegen Metallarbeiter

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die bürgerliche Presse berichtet von vertraulichen Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium über den Berliner Metallarbeiterstreik, die zeigen, daß Urich, Eckerdt, Obmann, Brade und Tost auf dem besten Wege sind, zu einer verräterischen Vereinbarung mit den kapitalistischen Lohnräubern vom VDMJ und dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller zu kommen. Nach den Mitteilungen des Berliner Tageblattes wird in einer 10köpfigen Kommission unter dem Vorsitz des Ministerialdirigenten Mewes gegenwärtig der Vorschlag beraten, den Streik durch eine „geringe Lohnkürzung, verbunden mit einer Arbeitszeitverkürzung“ abzuwürgen. Doppelter Lohnabbau ist also geplant!

Die bürgerliche Presse berichtet über diese Verhandlungen mit der Schlagzeile: „Geheimverhandlungen im Metallarbeiterkonflikt!“.

Die Teilnahme eines Mitgliedes des Gesamtverbandes der Deutschen Metallindustriellen zeigt, daß der Lohnraub gegen die Berliner Metallarbeiter wegweisend für die gesamte deutsche Metallindustrie sein soll. Im Zusammenhang damit wird anläßlich der in Sachsen, Schlesien, Brandenburg, Ostpreußen, Pommern und Bielefeld laufenden Verhandlungen die Aussperrungsdrohung in der Metallindustrie bekannt. Die Urich und Eckerdt liegen vor diesen Drohungen glatt auf dem Bauch. Sie wollen den Berliner Kampf rasch abdrehen. Sie denken nicht an eine Stärkung der Berliner Streikfront durch Aufnahme des Kampfes in den Metallbezirken des Reiches.

Die Dresdner Volkszeitung schrieb am Tage des Streikausbruches über notwendige Solidarität mit den Berliner Metallarbeitern. Von der PDS und den Reformisten wurde jedoch nichts praktisch getan, um die Solidarität zu verwirklichen. Die Metallarbeiter Sachsens aber erkennen immer mehr, daß es Zeit ist auch in Sachsens Metallindustrie zum Angriff gegen die Lohnräuber zu schreiten. In jedem Betrieb muß deshalb beschlossen werden, auch gegen die Lohnräuber in Sachsen den Streik aufzunehmen. Die Forderungen der RGO für die sächsischen Metallarbeiter sind das Kampfprogramm gegen den Metallindustriellenverband.

Arbeiter organisiert den Kampf!

130000 Berliner Metallarbeiter stehen im Streik gegen Lohnabbau, für 7-Stundentag und Lohnerhöhung

Ihr Kampf richtet sich nicht nur gegen die Scharfmacher der Metallindustrie, die 15 Prozent Lohnraub fordern, sondern auch

gegen die Regierung Brüning,

deren Schlichter 8 Prozent Lohnabbau diktieren wollte. Die Regierung der §-48-Diktatur, die Regierung der Notverordnung, die Regierung des Lohn- und Gehaltsraubes wurde am 18. Oktober vor dem Sturze

gerettet durch die Sozialdemokratie.

142 SPD-Abgeordnete stimmten Mann für Mann gegen die Aufhebung der Notverordnung, gegen das Mißtrauen, für die Regierung Brüning-Schiele-Treviranus, die mit allen Mitteln mit Hilfe einer faschistischen Diktatur ihr Hungerprogramm durchsetzen will.

Die Regierung Brüning, gestützt auf die Sozialdemokratie im Reichstag und in der Preußenregierung, gestützt auf die Nationalsozialisten in Thüringen, Braunschweig und im Reichsrat, führt das deutsche Volk

in eine Hungerkatastrophe.

Lohn- und Gehaltsraub bei steigender Teuerung trotz allem Preissenkungsschwindel, Raub der Unterstützungen bei wachsender Massenerwerbslosigkeit — 5 Millionen Erwerbslose in diesem Winter — Ruin des schaffenden Mittelstandes und der werktätigen Bauern unter dem unerträglichen Druck der Young-Ausplünderung — das ist die Katastrophe, in die euch die Brüning und Stegerwald, die Braun und Severing, die Frick und Hitler hineinführen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, werktätiger Mittelstand, schaffende Bauern! Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Schon drohen die Unternehmer mit der Aussperrung der Metallarbeiter in ganz Deutschland! **Der Kampf der 130 000 Metallarbeiter ist euer Kampf!**

Ihr müßt ihn aufs rascheste und wirkungsvollste unterstützen, nicht allein durch Geldsammlungen und Solidaritätsbeschlüsse, vor allem aber durch den aktiven Kampf für eure eigenen Forderungen gegen Lohn- und Gehaltsabbau, gegen Unterstützungs- und Steuerraub, gegen faschistische Hungerdiktatur

für 7-Stunden-Tag und Lohnerhöhung! Winterbeihilfe für Erwerbslose und Sozialrentner! Abwälzung der Steuerlast von den Werktätigen auf die Besitzenden!

Proletarier, Werktätige! Rüstet zum

politischen Massenstreik gegen die Hungerdiktatur!

Zum Sturz der faschistischen Brüning-Regierung!

Uebt Solidarität mit den Berliner Metallarbeitern!

Metallarbeiter Deutschlands! Organisiert den Kampf um eure eigenen Forderungen! Das ist die beste Solidarität für eure Berliner Klassengenossen.

Macht Schluß mit den Verrätern vom 18. Oktober, den Retern der Hungerregierung, den sozialdemokratischen Arbeiterverrätern!

Macht Schluß mit den Hitler-Faschisten, die sich dem Dollarkapital als Landsknechte gegen den Bolschewismus verkaufen!

Nur die Kommunistische Partei,
nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition

führt den Kampf für eure Interessen.

Werdet Kämpfer in den Reihen der KPD und des Kommunistischen Jugendverbandes! Tretet in Massen ein in die Revolutionär-Gewerkschaftsopposition! Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Berlin, den 25. Oktober 1930.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Zentralkomitee des Komm. Jugendverbandes Deutschlands.

Solidarität mit den Streik

In einer gutbesuchten Versammlung nahmen die Lauchhammer-Proleten von Grödit bei Riesa in einer von der RGO einberufenen Belegschaftsversammlung Stellung zu dem Berliner Metallarbeiterstreik. Einstimmig nahm die Versammlung eine Entschließung an, die den streikenden Berliner Metallarbeitern die stärkste Sympathie ausspricht und in der die Lauchhammer-Proleten geloben, alles vorzubereiten zur Aufnahme des Kampfes auch in Sachsen.

Die Belegschaft von Gechter u. Kühne in Heidenau nahm ebenfalls in einer Betriebsversammlung zum Berliner Kampf Stellung und sprach den streikenden Kollegen in Berlin die Sympathie aus. In der angenommenen Entschließung heißt es: „Wir verfolgen mit dem größten Interesse euren gewaltigen Kampf gegen den Lohnraub und geloben, alle Kräfte anzuspannen und mit der größten Aktivität unseren Kampf gegen den drohenden Lohnraub zu organisieren.“

Genosse Thälmann spricht an den Gräbern Hamburger Oktober-Gefallener

Hamburg, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern nachmittag fand auf dem Ohlsdorfer Friedhof eine Gedenkkundgebung der Kommunistischen Partei für die Oktober-Gefallenen an deren Gräbern statt. Viele hundert Hamburger Arbeiter hatten sich auf dem Ohlsdorfer Friedhof eingefunden, um der Kranzniederlegung beizuwohnen. Als erster Redner ergriff der Führer unserer Partei, Genosse Thälmann, das Wort. Er rief den Versammelten die Erinnerung an die Hamburger Oktober-Tage des Jahres 1923 wieder wach.

262 Tote geboren

Dortmund, 25. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern kam es zu einem schweren blutigen Zusammenstoß, indem Arbeiter von Nationalsozialisten überfallen wurden. Als Protest gegen den verbotenen Hungermarsch nach Dortmund fand eine Demonstration statt, die von Nationalsozialisten, die aus einer Versammlung kamen, regelrecht überfallen wurde. Die Nationalsozialisten schossen wild auf die Arbeiter ein. 10 lebensgefährlich Verletzte mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Sieg der Militärdiktatur

Newyork, 25. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach Meldungen aus Brasilien ist der Bundespräsident Luiz und mit ihm die Regierung auf ein Ultimatum der siegreichen Aufständischen zurückgetreten. General Decasto, der bisherige Kommandeur des Staates Rio de Janeiro, hat das Parlament aufgelöst. Die Regierungstruppen gingen auf die Seite der Aufständischen über. In der Hauptstadt Rio de Janeiro fanden Arbeiterversammlungen statt, die von der Militärdiktatur blutig niedergeschlagen wurden.

Der Hungerkanzler am Werk

Brünings Etat für 1931 — Ueber eine Milliarde „Einsparungen“ — Unterstützungs- und Gehaltsraub — „Linke“ Flankendeckung zur Durchführung des Hungerprogramms

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung das Hungerprogramm für 1931 endgültig verabschiedet. Nach diesem Beschluß ist der Etat für nächstes Jahr mit 10,5 Milliarden beziffert. Es werden eine Anzahl von Abstrichen, hauptsächlich beim Reichsarbeitsministerium, also für Unterstützungszwecke, erfolgen. Die Ueberweisungen an die Länder sollen um 380 bis 400 Millionen gekürzt werden. Das Ministerium für besetzte Gebiete und die Besatzungskosten kommen mit zirka 90 Millionen in Wegfall. Durch die Kürzung der Beamtengehälter sollen 120 Millionen „eingespart“ werden.

Die Verringerung der Einnahmen gegenüber dem vorigen Etat sind nach diesem Voranschlag auf ein Sinken der Lohnsteuer- und Zolleinnahmen zurückzuführen. Der Hungerkanzler bestätigt also durch diesen Beschluß, daß die Hungerkur der werktätigen Massen im nächsten Jahr eine ungeheuerliche sein wird. Diese Verminderung der Einnahmen aus der Massenbelastung bedeutet etwa eine Verminderung des Massenkonsums von rund 8 bis 10 Milliarden.

Brüning verhandelt mit den einzelnen Länderregierungen nach der Richtung: ihre Etats entsprechend des von ihm vorgelegten Hungerprogramms ebenfalls aufzustellen. Am nächsten Donnerstag oder Freitag wird Brüning zu diesem Zweck eine Konferenz mit dem Ministerium Schieck in Dresden abhalten.

*

Jetzt wird auch den SPD-Arbeitern klar werden, daß die kommunistische Fraktion im Sächsischen Landtag mit vollem Recht behauptete, Weckel wolle durch die Vertagung des Landtags dem Kabinett Schieck die Möglichkeit geben, sich auf Berlin zu orientieren. Schieck wollte erst die Pläne Brünings abwarten, um danach seine Dispositionen zu treffen. Dieser Wille Schiecks ist den „Linken“ Edel und Böchel Befehl. Sie weigern sich, der kommunistischen Forderung entsprechend, den Landtag einzurufen, um ihn nachher vor vollendete Tatsachen zu stellen. In der Tat, eine Parodie, auf die von ihnen so viel gepriesene Demokratie, ein Beweis, daß das Parlament zu den Befehlen der Bourgeoisie lediglich Ja und Amen sagt. Die Antwort des Proletariats muß deshalb sein, Einheitsfront zum Kampf gegen das kapitalistische System für die Errichtung der Sowjetmacht in Deutschland.

Brauns „Arbeitsbeschaffung“ 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Das preußische Koalitionsministerium unterbreitet der Brüning-Regierung einen Vorschlag, eine allgemeine Senkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden die Woche durchzusetzen. Selbstverständlich ist die preußische Koalition für eine Arbeitszeitsenkung ohne Lohnausgleich.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach Meldungen der bürgerlichen Presse ist es gestern abend in Charlottenburg zu Plünderungen einer großen Anzahl von Lebensmittelgeschäften gekommen. Es hat den Anschein, als wenn auch diese Plünderungsaktionen von Nationalsozialisten angestiftet sind, denn auch hier wurden wiederum Fensterscheiben eingeschlagen.

Heute, 19 Uhr, Beginn der Agitpropkonferenz

in Dresden, Restaurant „Senefelder“, Raulbachstraße 16

Teilnehmen müssen die Agitpropleiter aller Zellen, Ortsgruppen, Massenorganisationen und der übrigen Parteileitungen aus den Unterbezirken

Dresden, Freiberg, Radeberg und Riesa

SLUB
Wir führen Wissen.